



HESSISCHER LANDTAG

15. 04. 2008

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Kulturregion Frankfurt/Rhein-Main weiterentwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ihre Dringlichkeitserklärung zur Bildung eines Zweckverbandes Kultur im Bereich des Ballungsraumgesetzes zurückzuziehen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, den bisher eingeschlagenen Weg einer sogenannten Mediation aufzugeben und den Kulturfonds nicht weiterzuverfolgen.
3. Der Hessische Landtag hält es für sinnvoll, die für den Fonds vorgesehenen Mittel (zunächst 2,50 € pro Einwohner im Gebiet des Ballungsraumgesetzes) in die bestehende Kultur gGmbH Frankfurt/Rhein-Main zur Förderung laufender und zukünftiger kultureller und künstlerischer Projekte einzubringen.
4. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, folgerichtig auch Mitgesellschafter der Kultur gGmbH Frankfurt/Rhein-Main zu werden. Mit den Kommunen ist über die Verteilung von Sitzen und Stimmen im Aufsichtsrat zu verhandeln.
5. Die Landesregierung wird beauftragt, sich inhaltlich, organisatorisch und konzeptionell an der weiteren Entwicklung der Kulturregion Frankfurt/Rhein-Main zu beteiligen und dem Landtag über die Fortschritte regelmäßig zu berichten.
6. Der Hessische Landtag appelliert an die Kommunen des Ballungsraumgesetzes, die bisher nicht an der GmbH partizipieren, sich zu beteiligen.
7. Der Hessische Landtag appelliert an die Mitgliedskommunen der Kultur GmbH, ihren bisherigen Beitrag von 0,10 € stufenweise - beginnend in diesem Haushaltsjahr - bis zum Jahr 2010 zu erhöhen, wenn es bis dahin keine weitergehenden Lösungen für die regionale Kulturpolitik gibt.

Begründung:

Die im Jahr 2006 gegründete Kultur gGmbH Frankfurt Rhein-Main hat im Unterschied zu dem beabsichtigten Zweckverband und dem Fonds großen Rückhalt in den Städten und Gemeinden der Rhein-Main-Region. Sie ist eine Erfolgsgeschichte freiwilliger regionaler Kooperation.

Die bestehenden Projekte, Route der Industriekultur, Garten Rhein-Main und Geist der Freiheit - Freiheit des Geistes, finden große öffentliche Resonanz. Mit diesen ist es gelungen, die spezifischen kulturellen, künstlerischen und wissenschaftlichen Potenziale der polyzentrischen Region zu verbinden, vernetzen und gemeinsam zu vermarkten. Weitere identitätsstiftende Projekte (z.B. kulturhistorische Wege von nationaler und internationaler Bedeutung, Wiesbaden als Stadt des Historismus) sind bereits vom Künstlerischen Beirat der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat vorgelegt worden.

Die Kooperation der Städte und ihrer kulturellen Institute ist auf freiwilliger Basis nachhaltig gestärkt worden. Auch für Projekte mit größerer und künstlerisch internationaler Ausstrahlung ist die bestehende GmbH geeignet. Mit zusätzlichen finanziellen Mitteln des Landes und der Kommunen selbst sind diese finanzierbar und können auch die großen Kunstinstitute der Region (Museen, Theater, Festivals, Bibliotheken) stärker im internationalen Standortwettbewerb positionieren.

Der Stillstand der regionalen Entwicklung kann mit diesen Beschlüssen überwunden werden. Die Kulturregion hat durch die Dringlichkeitserklärung und das Fondsmodell bereits unnötig viel Zeit verloren. Die Stärkung der Rhein-Main-Region ist auf dem vorgezeichneten Weg schneller, effizienter und kulturell sinnvoller zu gestalten.

Wiesbaden, 15. April 2008

Die Fraktionsvorsitzende:
Ypsilanti